

# BGH-Leitsatz-Entscheidungen

## Heute neu:

1. [BGB, HGB: Gesellschafterstellung des Treugebers](#)  
Urteil 11.10.2011, II ZR 242/09
2. [AÜG, BGB: Wirksamkeit einer Klausel zur Vermittlungsvergütung](#)  
Urteil 10.11.2011, III ZR 77/11
3. [BGB, HeimG: Einsetzung des Heimträgers zum Nacherben](#)  
Beschluss 26.10.2011, IV ZB 33/10
4. [BGB: Ausschluss nichtehelicher Kinder vom Erbrecht nach dem Vater](#)  
Urteil 26.10.2011, IV ZR 150/10
5. [BGB, ZPO: Nachweis der Vertretungsverhältnisse einer GbR](#)  
Beschluss 13.10.2011, V ZB 90/11
6. [ZPO: Beschwer für jährliches Zurückschneiden einer Hecke](#)  
Beschluss 06.10.2011, V ZB 72/11
7. [BGB: Rechtsgeschäft mit Drittschädigungsabsicht](#)  
Urteil 28.10.2011, V ZR 212/10
8. [ZPO: Befangenheit bei der Partei ungünstiger Rechtsauffassung](#)  
Beschluss 12.10.2011, V ZR 8/10
9. [AO, ZPO: Vorpfändung eines Steuererstattungsanspruchs](#)  
Beschluss 10.11.2011, VII ZB 55/10
10. [BGB: Auskunftsanspruch des Mieters zur Höhe der Betriebskosten](#)  
Urteil 16.11.2011, VIII ZR 106/11
11. [BGB: Beginn der Verjährung bei § 548 Abs. 1 S. 2](#)  
Urteil 12.10.2011, VIII ZR 8/11
12. [PatG: Nichtigerklärung des Unteranspruchs bei fehlender Patentfähigkeit](#)  
Urteil 29.09.2011, X ZR 109/08
13. [FamFG: Verkündung von Entscheidungen](#)  
Beschluss 19.10.2011, XII ZB 250/11
14. [RVG-VV: Terminsgebühr bei möglicher mündlicher Verhandlung](#)  
Beschluss 02.11.2011, XII ZB 458/10
15. [StGB: Strafrahmenermilderung bei Aussetzung](#)  
Beschluss 19.10.2011, 1 StR 233/11

## Urteile und Beschlüsse:

### 1. BGB, HGB: Gesellschafterstellung des Treugebers

Urteil 11.10.2011, II ZR 242/09

BGB § 735; HGB § 105

Ist - wie bei Publikumsgesellschaften häufig - die mittelbare Beteiligung erst noch zu werbender Anleger und damit eine Verzahnung von Gesellschaft und Treuhand im Gesellschaftsvertrag von vornherein vorgesehen und sind im Hinblick darauf bestimmte Rechte und Pflichten der Anleger schon im Gesellschaftsvertrag geregelt, hat der Treugeber im Innenverhältnis die Stellung eines unmittelbaren Gesellschafters.

## **2. AÜG, BGB: Wirksamkeit einer Klausel zur Vermittlungsvergütung**

Urteil 10.11.2011, III ZR 77/11

AÜG § 9 Nr. 3; BGB § 307 Bm, CI

Zur Wirksamkeit einer in einem Arbeitnehmerüberlassungsvertrag enthaltenen Klausel über die Entrichtung einer (nach Zeitabschnitten degressiv gestaffelten und am Jahresbruttoeinkommen des Arbeitnehmers orientierten) Vermittlungsvergütung für den Fall der Übernahme des Arbeitnehmers durch den Entleiher.

## **3. BGB, HeimG: Einsetzung des Heimträgers zum Nacherben**

Beschluss 26.10.2011, IV ZB 33/10

BGB § 134; HeimG § 14 Abs. 1

Das Testament des Angehörigen eines Heimbewohners, mit dem der Heimträger zum Nacherben eingesetzt wird und von dem dieser erst nach dem Tode des Erblassers erfährt, ist nicht nach § 14 Abs. 1 HeimG i.V.m. § 134 BGB unwirksam.

## **4. BGB: Ausschluss nichtehelicher Kinder vom Erbrecht nach dem Vater**

Urteil 26.10.2011, IV ZR 150/10

Ein vor dem 1. Juli 1949 geborenes nichteheliches Kind und seine Abkömmlinge sind in bis zum 28. Mai 2009 eingetretenen Erbfällen weiterhin vom Erbrecht nach dem Vater und dessen Verwandten ausgeschlossen. Es verstößt nicht gegen Art. 6 Abs. 5 GG i.V.m. Art. 3 Abs. 1 GG, dass Art. 12 § 10 Abs. 2 NEheIG a.F. durch das Zweite Gesetz zur erbrechtlichen Gleichstellung nichtehelicher Kinder, zur Änderung der Zivilprozessordnung und der Abgabenordnung vom 12. April 2011 (BGBl. I 615) erst mit Wirkung zum 29. Mai 2009 aufgehoben worden ist.

## **5. BGB, ZPO: Nachweis der Vertretungsverhältnisse einer GbR**

Beschluss 13.10.2011, V ZB 90/11

GBO § 29, ZPO § 867

Die Vertretungsverhältnisse einer GbR können auch bei der späteren Löschung einer von ihr erwirkten Zwangssicherungshypothek mit der vollstreckbaren Ausfertigung des Urteils nachgewiesen werden, auf Grund dessen die Eintragung der Hypothek erfolgte.

## **6. ZPO: Beschwer für jährliches Zurückschneiden einer Hecke**

Beschluss 06.10.2011, V ZB 72/11

ZPO § 9, § 511 Abs. 4

a)Die Beschwer des zu einem jährlich wiederkehrenden Zurückschneiden einer Hecke verurteilten Beklagten bemisst sich nach § 9 ZPO.

b)Im Rechtsbeschwerdeverfahren ist nur zur prüfen, ob das Berufungsgericht die von dem Amtsgericht wegen der Annahme einer höheren Beschwer versäumte Entscheidung über die Zulassung der Berufung nach § 511 Abs. 4 ZPO nachgeholt worden ist, nicht ob die getroffene Entscheidung richtig ist.

c)An der erforderlichen Nachholung der Zulassungsentscheidung fehlt es, wenn sich aus der Entscheidung des Berufungsgerichts ergibt, dass dieses nicht alle Zulassungsgründe geprüft hat.

## **7. BGB: Rechtsgeschäft mit Drittschädigungsabsicht**

Urteil 28.10.2011, V ZR 212/10

BGB § 138 Cb

Ein Rechtsgeschäft, welches die Parteien in der Absicht schließen, einen Dritten zu schädigen, erfüllt nicht den Tatbestand des § 138 Abs. 1 BGB, wenn es für den Dritten objektiv nicht nachteilig ist.

## **8. ZPO: Befangenheit bei der Partei ungünstiger Rechtsauffassung**

Beschluss 12.10.2011, V ZR 8/10

ZPO § 42 Abs. 2, § 44 Abs. 3

a)Die Zugrundelegung einer der Partei ungünstigen Rechtsauffassung rechtfertigt auch dann nicht ohne weiteres die Besorgnis der Befangenheit (§ 42 Abs. 2 ZPO), wenn ein Gericht über ein Ablehnungsgesuch selbst entschieden hat.

b)Zur dienstlichen Äußerung des abgelehnten Richters nach § 44 Abs. 3 ZPO.

### **9. AO, ZPO: Vorpfändung eines Steuererstattungsanspruchs**

Beschluss 10.11.2011, VII ZB 55/10

ZPO § 845, AO § 46 Abs. 6

Die Vorpfändung eines Steuererstattungsanspruchs ist mit der vom Gerichtsvollzieher bewirkten Zustellung des die Vorpfändung enthaltenden Schreibens im Sinne des § 46 Abs. 6 AO "erlassen". Auf den Zeitpunkt, zu dem das Schreiben dem Gerichtsvollzieher übergeben worden ist, kommt es nicht an.

### **10. BGB: Auskunftsanspruch des Mieters zur Höhe der Betriebskosten**

Urteil 16.11.2011, VIII ZR 106/11

BGB § 556 Abs. 2, § 560 Abs. 3, § 242 Be

Ein Auskunftsanspruch des Mieters gegen den Vermieter zur tatsächlichen Höhe der bei der Wohnraummiete von einer Pauschale abgedeckten Betriebskosten gemäß § 242 BGB kommt nur in Betracht, wenn konkrete Anhaltspunkte für eine nachträgliche Ermäßigung der Betriebskosten bestehen. Dabei sind Ermäßigungen einzelner Betriebskosten nicht relevant, wenn sie durch Erhöhungen in anderen Bereichen ausgeglichen werden.

### **11. BGB: Beginn der Verjährung bei § 548 Abs. 1 S. 2**

Urteil 12.10.2011, VIII ZR 8/11

BGB § 548 Abs. 1 Satz 2

Zum Beginn der Verjährung nach § 548 Abs. 1 Satz 2 BGB.

### **12. PatG: Nichtigerklärung des Unteranspruchs bei fehlender Patentfähigkeit**

Urteil 29.09.2011, X ZR 109/08

PatG § 22, § 84 Abs. 1 Satz 1, § 81, § 99 Abs. 1 Satz 1, IntPatÜbkG Art. II § 6,

Wenn sich der Gegenstand eines Patentanspruchs als nicht patentfähig erweist, führt dies nicht ohne weiteres dazu, dass auch der Gegenstand eines auf ihn zurückbezogenen Unteranspruchs als nicht patentfähig angesehen werden kann. Das Patent ist aber auch hinsichtlich des angegriffenen Unteranspruchs für nichtig zu erklären, wenn weder geltend gemacht wird noch sonst ersichtlich ist, dass die zusätzlichen Merkmale zu einer anderen Beurteilung der Patentfähigkeit führen.

Der Erwerber des Patents, der einem vor der Eintragung des Rechtsübergangs eingeleiteten Nichtigkeitsverfahren auf Seiten des Beklagten beiträgt, ist nicht streitgenössischer Nebenintervenient.

### **13. FamFG: Verkündung von Entscheidungen**

Beschluss 19.10.2011, XII ZB 250/11

FamFG § 113 Abs. 1 Satz 1 und 2, ZPO §§ 233 Fc, 311 Abs. 2 Satz 1, 329 Abs. 1, ZPO §§ 233 Fc, 311 Abs. 2 Satz 1, 329 Abs. 1 Satz 1, In Familienstreitsachen findet nach § 113 Abs. 1 Satz 1 FamFG die Regelung des

In Familienstreitsachen findet nach § 113 Abs. 1 Satz 1 FamFG die Regelung des § 41 Abs. 1 Satz 2 FamFG keine Anwendung. Daher sind Entscheidungen in Familienstreitsachen nach § 113 Abs. 1 Satz 2 FamFG i. V. m. §§ 311 Abs. 2 Satz 1, 329 Abs. 1 Satz 1 ZPO zu verkünden.

### **14. RVG-VV: Terminsgebühr bei möglicher mündlicher Verhandlung**

Beschluss 02.11.2011, XII ZB 458/10

RVG VV Vorbem. 3 Abs. 3 Alt. 3, Nr. 3104; ZPO § 91 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1

Die in Vorbem. 3 Abs. 3 Alt. 3 VV RVG vorgesehene Terminsgebühr kann auch in solchen Verfahren anfallen, in denen eine mündliche Verhandlung für den Fall vorgeschrieben ist, dass eine Partei sie beantragt (in Abgrenzung zu BGH Beschlüsse vom 1. Februar 2007 - V ZB 110/06 - NJW 2007, 1461 Rn. 19 und vom 15. März 2007 - V ZB 170/06 - NJW 2007, 2644 Rn. 7).

## **15. StGB: Strafrahmilderung bei Aussetzung**

Beschluss 19.10.2011, 1 StR 233/11

StGB § 221 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 3; § 13 Abs. 2

Aussetzung durch Im Stich lassen ist stets ein Unterlassungsdelikt; eine Strafrahmilderung gemäß § 13 Abs. 2 StGB ist nicht möglich, auch nicht, wenn der Täter durch die Tat den Tod des Opfers verursacht (§ 221 Abs. 3 StGB).